



16. August 2016 – Medienmitteilung

Überparteiliches Zuger Komitee „Nein zu teurem grünen Zwang“

Radikale Massnahmen setzen unseren Wohlstand aufs Spiel

Gegen die Volksinitiative „Grüne Wirtschaft“, über die am 25. September abgestimmt wird, ist ein überparteiliches Zuger Komitee lanciert worden. Das Komitee stellt sich nicht gegen einen vernünftigen Umweltschutz, lehnt aber die extremen, nicht umsetzbaren Forderungen der Initianten ab. Im Zuger Komitee engagieren sich die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP sowie Unternehmer und Gewerbler zusammen mit dem Hauseigentümerverband und dem TCS.

Die Initiative „Grüne Wirtschaft“ wurde von der Grünen Partei lanciert und stellt extreme Forderungen: So soll in der Bundesverfassung eine grüne Kreislaufwirtschaft festgeschrieben und mit drastischen Vorgaben verknüpft werden. Wird die Initiative angenommen muss die Schweiz ihren Ressourcenverbrauch bis 2050 um mehr als zwei Drittel (-65 Prozent) reduzieren. Was nach vernünftiger und verantwortungsvoller Umweltpolitik aussieht, erweist sich bei genauerer Betrachtung als extreme grüne Zwängerei. Denn bei einer Annahme der Initiative steht die Schweiz vor radikalen Eingriffen. Auf Basis einer planwirtschaftlichen Ressourcen-Steuerung wären massive Einschränkungen bei vielen Konsumgütern und Produktionsverfahren zu befürchten. Neue Abgaben und einschränkende Vorschriften bezüglich Ernährung, Wohnen und Verkehr wären unumgänglich und würden heutige Gewohnheiten drastisch ändern.

Komitee mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wohnen und Verkehr

In seiner Botschaft warnt der Bundesrat davor, dass sich die „Konsummöglichkeiten der Haushalte und die Handlungsspielräume der Unternehmen verringern“. Gleichzeitig rechnet er mit stark steigenden Preisen für zahlreiche Güter und Dienstleistungen. Nach Meinung des Bundesrates lassen sich die Ziele nur mit Massnahmen auf der Angebots-Seite erreichen. Diese Massnahmen stellen den heutigen Lebensstandard in Frage und gefährden Unternehmen und ganze Branchen in ihrer Existenz. Das will das Zuger Komitee „Nein zu teurem grünen Zwang“ nicht zulassen und mobilisiert gegen die verführerische Initiative. Das Komitee ist breit abgestützt und wird von folgenden Personen angeführt:

- Joachim Eder (FDP-SR) und Gerhard Pfister (CVP-NR)
- Thomas Ulrich, Präsident TCS Sektion Zug, Oberägeri
- Alain B. Fuchs, Präsident Hauseigentümerverband Zugerland, Baar
- Daniel Abt, Holzbau-Unternehmer und FDP-Kantonsrat, Baar
- Oliver Wandfluh, Wirtschaftsinformatiker und SVP-Kantonsrat, Baar

„Extrem, weltfremd und eine Bevormundung sondergleichen“

Ständerat Joachim Eder (FDP) und Nationalrat Gerhard Pfister (CVP) engagieren sich gemeinsam im Co-Präsidium des Komitees gegen die radikale Volksinitiative der Grünen. Joachim Eder hat durchaus Verständnis für Umweltsorgen, findet aber dass die Initiative weit übers Ziel hinaus schießt. „Solch extreme Zielvorgaben kann ich nicht



unterstützen. Die Initiative verlangt Ressourceneinsparungen von 65 Prozent in unserem Land. Diese Forderung ist absolut realitätsfremd. Die Schweiz stellt sich damit selber ins Abseits.“ Auch CVP-Nationalrat Gerhard Pfister findet, dass ein Schweizer Alleingang dem globalen Klima nichts nützt. „Zudem läuft die Initiative auf eine krasse Bevormundung von uns allen hinaus. Wir sind als mündige Schweizerinnen und Schweizer gewohnt, eigenverantwortlich zu planen und zu handeln. Ein Diktat von oben herab – egal ob grün, rot oder andersfarbig – steht in krassem Widerspruch zu unseren Werten. Darum sage ich Nein zu dieser Volksinitiative.“

Mobilität und Wohnkomfort werden massiv eingeschränkt

Der TCS und die Hauseigentümer lehnen die radikale Initiative ebenfalls ab. „Mit der Initiative drohen uns Benzinpreise von fünf Franken pro Liter oder mehr“, sagt Thomas Ulrich, Präsident TCS Sektion Zug. „Bei allem Verständnis für den Umweltschutz – aber das geht einfach zu weit. Kommt dazu, dass nicht nur der Individualverkehr sondern auch Bahn- und Busfahren massiv eingeschränkt werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht für alle Pendler.“ Alain B. Fuchs, Präsident des Hauseigentümerverbandes Zugerland, stört sich vor allem daran, „dass die Initiative neue Steuern auf warmes Wasser, Heizen oder den Gebrauch von Klimaanlage nach sich ziehen wird. Die Initiative ist ein Angriff auf unsere Wohn- und Lebensqualität und trifft Mieter ebenso wie Hauseigentümer.“

Wirtschaft und Gewerbe: „Mehr Bürokratie und weniger Arbeitsplätze“

Ebenfalls im Co-Präsidium des Komitees „Nein zu teurem grünen Zwang“ vertreten sind Unternehmer und Gewerbe-nahe Kantonspolitiker wie Daniel Abt und Oliver Wandfluh. Daniel Abt ist Geschäftsführer des familieneigenen Holzbauunternehmens und vertritt die FDP Baar im Kantonsrat. Er sagt: „Wenn die Volksinitiative der Grünen durchkommen sollte, erreicht die Regulierungswut und die Bürokratie einen neuen Höhepunkt in unserem Land. Wir gefährden damit Arbeitsplätze und setzen so auch unseren Wohlstand aufs Spiel.“ Auch für Oliver Wandfluh, Wirtschaftsinformatiker und SVP-Kantonsrat aus Baar, ist der Vorstoss der Grünen ein Spiel mit dem Feuer. „Der Titel „Grüne Wirtschaft“ suggeriert, dass die Initiative nur Folgen für die Wirtschaft hat. Das ist falsch. Die Folge werden Zwangsmassnahmen in allen Bereichen des Alltags sein, durch welche die persönliche Freiheit von uns allen massiv eingeschränkt werden wird.“

Hinweis an Redaktionen und Medienschaffende

Anfragen ans Komitee richten Sie bitte an:

Rob Hartmans – 079 254 03 66 / rob@hartmans.ch